Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Roden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 200a. | Dresden, Sonntag den 31. August 1919. | 30. Jahrg.

Demonstrationsstreiks in der Pfalz.

Die inneren Feinde.

Die französischen Militaristen sind Deutschlands unversöhnlichste Feinde. Gepeitscht von der noch immer vorhandenen Furcht vor dem verschwundenen deutschen Heer, und von dem schlechten Gewissen, daß sie jetzt als Sieger Deutschland Unrecht und Gewalt antun, wollen sie sich nicht beruhigen, ehe Deutschland vollkommen zerstückelt und zersetzt sein Leben aushaucht. Unermüdlich konspirieren die Generale der französischen Besatzungsarmee, Gerard und Mangin, gegen die Reichszugehörigkeit der bayerischen Rheinpfalz und der linksrheinischen Rheinprovinz mit korrupten Subjekten wie dem Dr. Dorten, Wiesbaden, und dem Dr. Haas, Landau.

Unsre französischen Parteigenossen stehen diesem Treiben ohnmächtig gegenüber. Können sie doch nicht einmal verhindern, daß im „befreiten" Elsaß-Lothringen die französische Militärdiktatur den Gebrauch der deutschen Sprache verbietet und auch sonst mit brutaler Gewalt die Bevölkerung verärgert. Die Ententesozialisten haben sich die Verweigerung der Pässe nach Stockholm gefallen lassen müssen; sie haben nichts dagegen tun können, daß der berühmte Rat der Vier sich weigerte, vor Festlegung der Friedensbedingungen die Sprecher des internationalen Sozialismus überhaupt anzuhören. Sie haben vom Februar bis jetzt trotz wiederholten feierlichen Versprechungen nicht das geringste für unsre Gefangenen tun können. Wenn jetzt endlich die Entente Vertreter für die Kommission ernennt, die über die Rückbeförderung der Gefangenen verhandeln soll — darum und um nicht mehr handelt es sich im Augenblick —, so haben die Ententesozialisten dazu nicht das mindeste beigetragen; es geschieht das vielmehr ausschließlich auf Drängen Englands, das zu klug ist, um nach Erreichung aller seiner imperialistischen Ziele den besiegten Feind unnütz zu quälen. **Gegen die reichsfeindlichen Putsche im besetzten Gebiete haben wir von den Sozialisten Frankreichs leider keine Hilfe zu erwarten.** Gleichviel ob sie nicht wollen oder ob sie nicht können, in jedem Falle helfen sie uns in keiner Weise.

Trotzdem reicht die Macht der Entente nicht dazu, um die Pfalz oder die Rheinprovinz aus dem Körper der deutschen Republik herauszureißen, solange die Arbeiterschaft dieser Länder einmütig und geschlossen zu ihrer deutschen Heimat steht. Die klassenbewußten Arbeiter links des Rheins sind die bewundertswerten Preisfechter für Deutschlands Einheit und Erhaltung geworden.

Der neue Putsch bedeutet trotzdem eine ungeheure Gefahr. Denn auch im besetzten Gebiet steht die Einheit der Arbeiterklasse nicht mehr fest. Wie in Oberschlesien die Unabhängigen und Kommunisten mit den Nationalpolen unter einer Decke stecken, um das Land von Deutschland loszureißen — es handelt sich dabei übrigens um Unabhängige und Kommunisten, die jeden Sonntag gehorsam in die Kirche laufen und regelmäßig beichten, um Leute, deren Knallrot von einem ausgesprochenem Gelb nicht zu unterscheiden ist —, so üben im Westen die Unabhängigen Verrat des Deutschtums an Frankreich. Zuerst war es eine ganze Reihe der führenden Kölner Unabhängigen, die sich von der Ententebesatzung kaufen ließen und in holder Gemeinschaft mit den schwärzesten Zentrumsreaktionären den Rheinbundplan förderten; die Schwarzen, weil die Regierung in Berlin gottlos und sozialistisch wäre, die Unabhängigen, weil eben diese Regierung nicht ähnlich sozialistisch sei. Die Parteiorganisation der Kölner Unabhängigen lehnte zwar dieses Treiben ab, fand aber nicht den Mut, gegen die Landesverräter energisch durchzugreifen. Noch schlimmer ist es in der Pfalz. Ein gewisser Eggersdorf, der mit richtigem Namen Ahrens heißt und als solcher im Zuchthaus gesessen hat, hat in Rheinhessen nach der Revolution den Spartakisten gemimt und ist jetzt von den Franzosen als unabhängiger Gewährsmann für den Losreißungsplan gewonnen. Mit ihm arbeiten an jedem Ort Vertrauensmänner der U. S. P., die von Frankreich gekauft sind, wie Kellmannsberger in Ludwigshafen und Delb in Pirmasens. Auch hier hat die offizielle Parteileitung sich nicht direkt mit der „freien Pfalz"-Bewegung zusammengetan, aber hier hat sie gar nichts dagegen unternommen. Sie hat weder in der Sache eine feste und klare Stellung gewählt, noch ist sie gegen die Person eingetreten, die unter der Maske von Revolutionären gekaufte Söldlinge des französischen Kapitalismus und Militarismus sind.

Hoffentlich gelingt es den tapfern Pfälzer Arbeitern, noch einmal den Anschlag zu schanden zu machen. Aber gleichviel, wie der neueste Putschversuch in der Pfalz ausgeht: die Tatsache steht fest und kann auch von den Unabhängigen nicht mehr aus der Welt geschafft werden: Sie sind die Verderber der deutschen Republik im Osten und Westen in der Außenpolitik und im inneren wirtschaftlichen und politischen Dasein.

• • •

Die reichstreuen fränkischen Arbeiter.

Ueber den Putsch in Ludwigshafen liegen aus Mannheim noch folgende angeblich einwandfreie Nachrichten vor:

Das Hauptpostamt Ludwigshafen war seit mehreren Tagen von Schutzleuten, Postbediensteten und Arbeitern zum Schutze gegen den bevorstehenden Putsch besetzt. Diese Tatsache war den Franzosen bekannt, insbesondere den französischen Kontrolloffizieren. Die gegen 4 Uhr morgens Einlaß begehrenden Zivilisten wären niemals eingelassen worden, wenn nicht französische Offiziere und Soldaten sie begleitet hätten. Der Postverwalter wurde im Handgemenge durch einen Unterleibsschuß schwer verletzt und starb durch Verblutung, da niemand ihm helfen durfte. Sämtliche Schutzleute und Postbeamte mußten die Hände hoch halten und wurden von den Franzosen abgeführt. Sie befinden sich noch in Haft. Die Zivilisten konnten noch nicht festgestellt werden, da ja alle Zeugen des Ueberfalls sich in französischer Haft befinden. Der Putsch war ohne Zweifel ein örtlicher Versuch, das amtliche Gebäude unter Mithilfe französischer Soldaten in Besitz zu nehmen. Die Erregung der Bürger- und Arbeiterschaft ist unbeschreiblich. Es herrscht allgemeine Arbeitsruhe. Der Generalstreik droht auszubrechen, wenn die Verhafteten nicht entlassen werden.

Eine andre Nachricht besagt, die Arbeiterschaft sei entschlossen, sich von einer Hand voll ehrlosen Gesindels nicht den Franzosen auf Gnade und Ungnade ausliefern zu lassen. Auch in Frankenthal kam es nachts zu Unruhen, die jedoch von weniger schweren Folgen begleitet waren. Die allgemeine Ausrufung der Republik ist noch nicht erfolgt.

Ludwigshafen, 30. August. Freitag nachmittag traf aus Landau der kommandierende General der Besatzungsarmee in der Pfalz, General Gerard, und aus Speyer der stellvertretende Regierungspräsident, Franz Klinkenberg, ein. Die französische Zensur für die im Brückenkopf Kehl erscheinenden deutschen Zeitungen wurde verschärft, desgleichen die Verkehrsbedingungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. Die Belegschaften der Forbacherhütte, des Gußstahlwerkes und der Waggonfabrik in Saarbrücken sind in den Ausstand getreten und veranstalteten Demonstrationsumzüge. Das französische Militär wurde infolge der drohenden Unruhen verstärkt. Der Streik scheint sich auf die Bergleute und die Straßenbahner auszudehnen. Den Arbeitern wurde ein Entgegenkommen zugesichert. Die alten Arbeiterausschüsse wurden von den Behörden genehmigt und beibehalten. Das Post- und Bahnhofspersonal vom Nachtdienst am Donnerstag ist aus der Internierung entlassen worden, nicht dagegen die verhafteten Postbeamten, die von den Franzosen nachts in dem besetzten Dienstraum angetroffen wurden.

Gegen die Besetzung Schlesiens.

Amsterdam, 30. August. Das Pressebureau Radio meldet aus Washington, der Kriegssekretär Baker habe zugegeben, daß zwei amerikanische Regimenter mit Bestimmung nach Oberschlesien abgefahren sind. Ihre Entsendung ist auf Ersuchen des interalliierten Rates erfolgt, dem auf Anraten des Generals Pershing stattgegeben wurde.

Gegen diese Maßnahme ist im Senat lebhafter Widerspruch laut geworden. Der Nieuwe Rotterd. Courrant berichtet, daß der republikanische Senator Wood einen Protest gegen die Entsendung amerikanischer Truppen nach Schlesien erhoben habe, und Senator Fall hat erklärt, der jetzige Friedensvertrag bedeute den Krieg, und zwar nicht den zukünftigen, sondern den sofortigen Krieg. Er sagte, die amerikanischen Soldaten gingen nach Schlesien, um ein Volk zu bekämpfen, mit dem Amerika keinerlei Streitigkeiten gehabt habe und die amerikanischen Matrosen und Soldaten kämpfen heute in den Straßen von Danzig. Senator Fall schloß: Wir übernehmen die Verantwortung und müssen dafür mit dem Blut amerikanischer Soldaten zahlen.

Teschener Arbeiter wollen nicht zu Polen.

Mährisch-Ostrau, 30. August. Eine aus den Sekretären der Fachorganisationen bestehende Abordnung teilte gestern der internationalen Kohlenkommission mit, unter den Kohlenarbeitern sei ein Streik ausgebrochen, der sich noch ausdehne. Sie ersuchten die Kohlenkommission, nach Paris zu berichten, daß die Arbeiterschaft des Ostrauer Bezirks aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen auf der Unteilbarkeit des Kohlenreviers des ganzen Teschener Bezirks und seiner Zugehörigkeit zur tschechoslowakischen Republik bestehe. Die Bergarbeiterschaft in Orlau erklärte einstimmig in einer Entschließung, nicht eher zur Arbeit zurückkehren zu wollen, bis den gerechten Ansprüchen auf das Teschener Gebiet in vollem Umfange entsprochen werde. Die Arbeiter seien fest entschlossen, das Teschener Gebiet gegen alle Feinde mit der Waffe zu verteidigen. Heute früh wurde die Arbeit in den Ostrauer Bergwerken wieder aufgenommen.

Eine lettische Protestnote.

Berlin, 30. August. Laut Vorwärts überreichte der lettische Gesandte dem Minister des Aeußern Müller einen Protest Lettlands wegen der Gewalttaten der deutschen Truppen in Mitau. Reichsminister Müller erklärte, daß das Schriftstück eingehend beantwortet würde, sprach sein aufrichtiges Bedauern über die Vorkommnisse aus, verurteilte durchaus alle Uebergriffe, betonte ferner, daß er nach wie vor an der beschleunigten Räumung Kurlands durch die deutschen Truppen festhalte, und sprach die Hoffnung aus, daß es den Truppenführern gelingen werde, die Truppen zur Aufgabe ihrer Widersetzlichkeit zu bringen.

Diktaturdebatten.

Eine Rede des Vorwärts-Redakteurs Genossen Erwin Barth in der Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterräte Groß-Berlins und ein darauf folgender Artikel des Redners im Vorwärts haben in der Presse eine lebhafte Debatte über die sogenannte „Diktatur der Mitte" hervorgerufen. Barth vertrat in seinen Ausführungen den Gedanken, daß eine Diktatur der äußersten Rechten oder der äußersten Linken nur durch eine „Diktatur der Mitte" vermieden werden könne. Als Träger einer solchen Diktatur betrachtet Genosse Barth die Sozialdemokratie, und als ihren Zweck stellt er hin, die Demokratie gegen den Ansturm von links und rechts für die Zukunft zu erhalten, die zum Wiederaufbau der Wirtschaft nötige Ordnung zu sichern und damit einen Zustand zu schaffen, aus dem auf den Wegen der Demokratie eine sozialistische Ordnung entstehen kann.

Die Ausführungen des Genossen Barth haben wegen ihrer scharfen Pointierung — es war darin unter anderm auch von scharfgeschliffenen Bajonetten die Rede, mit denen der rechte Weg umzäunt werden müsse — großes Aufsehen hervorgerufen. Die reaktionäre Presse wünscht natürlich, die Diktatur der Mitte schleunigst zu stürzen, um sie durch die eigene zu ersetzen. Die demokratische Presse warnt vor Ueberspannungen des Diktaturgedankens. Ganz aus dem Häuschen ist natürlich die Presse der Unabhängigen, die schlankweg behauptet, die Sozialdemokratie wolle sich mit der Reaktion verbinden, um den Kampf gegen die „revolutionäre Arbeiterschaft" aufzunehmen.

Es ist wohl recht überflüssig, ruhiger Denkenden erst ausführlich klarzulegen, daß die Sozialdemokratie von solchen Gedankengängen weit entfernt ist, und daß es auch nicht die Absicht des Genossen Barth war, auf sie hinzuweisen. Vielmehr tritt bei ihm, wie ja auch in den folgenden Beratungen des Parteiausschusses, der Gedanke in Erscheinung, daß ein wirksamer Kampf gegen rechts unmöglich sei ohne den erfolgreichen Kampf nach links. Dieser Kampf gegen links richtet sich auch nicht gegen Ideen, sondern gegen den Versuch, durch gewaltsames Vorgehen und durch die Sabotierung des Wirtschaftslebens einen Zustand hervorzurufen, in dem die äußerste Linke, ohne nach dem Willen des Volkes zu fragen, die Herrschaft an sich reißen könnte. Nach der allgemeinen Ueberzeugung in sozialdemokratischen Parteikreisen würde ein solcher Vorgang weder die Arbeiterklasse vorwärtsbringen, noch auch nur das geringste zur Verwirklichung des Sozialismus beitragen, sondern er würde ein ungeheures Chaos, ein noch nie erlebtes Massenelend hervorrufen, und noch dem unvermeidlichen raschen Sturz der Diktatur von links würde das Säbelregiment einer rücksichtslosen Reaktion an die Reihe kommen. Wenn die Sozialdemokratie solche Möglichkeiten vermeiden will, so tut sie das nicht im Interesse der Bourgeoisie und des Kapitals, sondern im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterklasse und des Sozialismus.

Die Gefahr einer solchen Politik wird gleichwohl niemand verkennen, sie besteht darin, daß von dem Belagerungszustand ein stärkerer Gebrauch gemacht werden könnte, als unbedingt notwendig ist. Die Sozialdemokratie muß aber alle Maßnahmen, die sie trifft, fordert oder billigt, vor dem ganzen Volke und der Weltgeschichte verantworten können. Nur wenn die Gefahr so groß ist, daß kein andres Mittel mehr übrig bleibt, dann ist die konsequente Anwendung des Belagerungszustandes allerdings gerechtfertigt.

Statt über Gewalt zu schreien und die Gegensätze immer mehr zu verschärfen, könnten die Unabhängigen für die rasche Wiederherstellung der vollen staatsbürgerlichen Freiheit etwas Positives leisten, wenn sie in der Lage wären, über ihre Absichten loyale bindende Erklärungen abzugeben. Sie bringen sich selbst in eine schiefe Situation, wenn sie sich auf die Verfassung berufen, aber selber dieser Verfassung ohne wirkliche Kenntnis ihres Inhalts aus einem unklaren Drang heraus den Krieg erklären. Sie sollten einsehen, daß es in ihrem Interesse wie im Interesse der Arbeiterklasse läge, wenn die neue Verfassung so rasch wie möglich, von allen Einschränkungen befreit, in Kraft treten könnte. Die Verfassung garantiert die volle persönliche Freiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und der Versammlung und läßt nur für den Fall einer außerordentlichen Gefahr Ausnahmen zu. Am besten also könnte die äußerste Linke den Kampf gegen den Belagerungszustand und die „Diktatur der Mitte" dadurch führen, daß sie gegen die Behauptung, es bestände von ihrer Seite aus eine außerordentliche Gefahr für die Ordnung der jungen Republik, den tatsächlichen Gegenbeweis erbrächte.

Möge die äußerste Linke erkennen, daß die demokratische Republik auch für sie etwas ist, was nicht zertrümmert, sondern gefördert und geschützt zu werden verdient. Dann wird die neue Verfassung sofort gewähren können, was sie gewähren will: **Gleiches Recht und Freiheit für alle!**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190831/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG